

## Millionen für den Schutz vor der Natur

Hochwasserschutz gilt als sinnvolle Investition – nun wird in der Stadt Bern Kritik am Gigantismus laut

Seit dem «Jahrhundertunwetter» vom August 2005 fliessen viele Millionen Franken in den Hochwasserschutz; allein im Kanton Bern sind 100 Projekte im Bau. Im Dorf Brienz sorgt ein Schutzprojekt für Aufschwung, während man in der Stadt Bern über eine grössere Eigenverantwortung der Aare-Anrainer diskutiert.

nn. Bern, 31. Juli

Peter Flück steht neben der Gemeindeverwaltung in Brienz und blickt in den Steilhang hinauf. Neben ihm fliesst der Glyssibach in den Brienzersee, an diesem Julitag gleicht er einem Rinnsal. Es braucht Phantasie, um sich vorzustellen, dass das friedliche Bächlein in der Nacht auf den 23. August 2005 70 000 Kubikmeter Geschiebe ins Tal gefördert haben soll. Sechs Häuser wurden von den Wasser-, Schlamm- und Geröllmassen völlig zerstört, weitere stark beschädigt; zwei Frauen verloren im «Jahrhundertunwetter» das Leben. Peter Flück war damals Gemeinderatspräsident. Übel geworden sei ihm, als er am Tag danach mit dem Helikopter über das Katastrophengebiet geflogen sei, erzählt er. Während die Bilder des meterhoch zugeschütteten Dorfteils um die Welt gingen, fragte sich Flück: «Wie um Himmels willen kommt das Dorf Brienz nur wieder aus dieser Sache heraus?»

### Brienz baut für ein 300-Jahr-Unwetter

Vier Jahre später ist Brienz aus dieser Sache herausgekommen. Zwar erinnert das zur Hälfte abgerissene Gemeindehaus noch wie ein Mähmal an das Unwetter, doch entlang dem Glyssibach hat sich eine rege Bautätigkeit entwickelt. Einige Meter versetzt sind die meisten Häuser wieder aufgebaut, neue sind hinzugekommen. Dass im Katastrophengebiet wieder gebaut werden durfte, ist auf das Schutzprojekt zurückzuführen, das bis Ende Jahr zur Hälfte realisiert sein soll.

Die rasche Umsetzung ist mit ein Verdienst von Andrea Andreoli, Präsident der öffentlich-rechtlichen Schwellenkorporation, in der die Brienzer Liegenschaftsbesitzer vereinigt sind. Das gigantische Projekt besteht aus mehreren Massnahmen, deren Kombination für die Schweiz neu ist, wie Andreoli betont. Er führt weit hinauf in den Berg, wo ein Ausleitbauwerk entsteht: Eine Mauer soll Murgänge mit mannshohen Gesteinsbrocken bremsen und auf einen Ablagerungsplatz umleiten. Dieser ist so gross wie vier Fussballfelder und schützt auch das Nachbardorf Schwanden mit einem 15 Meter hohen Wall. Kleinere Murgänge werden weiterhin ins Tal geleitet. Im besiedelten Gebiet in Brienz ist das Gerinne von 4 auf 20 Meter verbreitert und mit seitlichen Mauern verstärkt worden. Mehrere hundert Meter bergwärts solle sich das Geschiebe aufstauen und auf einem natürlichen Ablagerungsplatz liegen bleiben, erklärt Andreoli. «Künftig werden wir gegen ein 300-Jahr-Ereignis gewappnet sein.»

### Vorsorge – auch gegen die Krise

Die Möglichkeiten eines 3000-Seelen-Dorfs, dem für Investitionen jährlich knapp eine Million Franken zur Verfügung steht, würde das Projekt sprengen: Alles in allem werden am Glyssibach 35 Millionen Franken verbaut. 52 Prozent der Kosten bezahlt der Kanton, weitere 43 Prozent der Bund. Andreolis Schwellenkorporation muss gerade noch für 5 Prozent der Kosten aufkommen. Den Vorwurf, Brienz lasse sich auf Kosten der kantonalen und nationalen Steuerzahler ein Luxusprojekt bauen, weist Peter Flück zurück. «Sie können in der kleinräumigen Schweiz doch nicht ganze Bergdörfer umsiedeln», sagt der heutige FDP-Grossrat. Zudem seien die 35 Millionen angesichts des potenziellen Schadens eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investition: Allein das Unwetter von 2005 habe die Versicherungen 41 Millionen Franken gekostet und die Solidarität der Prämienzahler aus dem Unterland strapaziert. Doch Flück räumt ein: «Bei aller Tragik und allem menschlichen Unglück war das Unwetter für Brienz eine Riesenchance.» Dank dem vorab von lokalen Firmen ausgeführten Bauvorhaben sei die Region heute kaum von der Wirtschaftskrise betroffen. Gleichzeitig konnte sich Brienz wertvolles Bauland und Steuereinnahmen sichern und den Einwohnern den Lebensraum erhalten.

Auf kantonaler Ebene hat sich der umgängliche Sanitärplaner Flück einen Namen als harter



Das Mattequartier in der Stadt Bern am 23. August 2005.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE



Brienz, vor vier Jahren durch Wasser und Geschiebe verwüstet.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

Kämpfer für den Hochwasserschutz gemacht. Als beim Bund vor Jahresfrist die Subventionen knapp wurden, erwirkte er eine Ständesinitiative, die vom Bund eine langfristige Bereitstellung von Geld für den Hochwasserschutz verlangte. Dank medienwirksamem Lobbying aus Bern und Luzern wurde im Dezember das Bundesbudget um 66 Millionen Franken aufgestockt, die Initiative konnte kürzlich abgeschlossen werden.

### Bund zahlt im Durchschnitt 40 Prozent

Über den Finanz- und Lastenausgleich hat der Bund für 2008 bis 2011 einen Zusicherungskredit von 618 Millionen Franken für den Hochwasserschutz gesprochen – Grossprojekte wie die Rhonekorrektur nicht inbegriffen. Durchschnittlich beteiligt sich der Bund mit 40 Prozent an den Kosten der Schutzprojekte, wodurch sich bis 2011 ein landesweites Investitionsvolumen von rund 1,5 Milliarden errechnen lässt. Laut Olivier Overney, Chef der Sektion Hochwasserschutz im Bundesamt für Umwelt (Bafu), ist die Nachfrage aus Gemeinden und Kantonen seit den Unwettern 2005 im Jahresdurchschnitt um 50 Prozent gestiegen. Dazu kommt, dass die Kantone bis 2011 Gefahrenkarten erstellen müssen, was zusätzliche Bedürfnisse offenlege. Dem Anreiz für die Gemeinden, Luxusprojekte zu beantragen, tritt das Bafu entgegen, indem es Projekte prioritär finanziert, die grosses Schadenpotenzial rasch mindern und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausweisen.

Hauptabnehmer der Bundessubventionen ist der weitläufige Kanton Bern, wo fast 100 Hochwasserschutzprojekte für rund eine halbe Milliarde Franken im Bau sind. Im letzten Frühjahr wurde mit dem 55 Millionen teuren Hochwasserstollen in Thun ein Prestigeobjekt eingeweiht, das einen präventiven Abfluss in die Aare ermöglicht, bevor der Thunersee seinen Höchststand erreicht und wie 2005 weite Teile Thuns überflutet. Weitere Grossprojekte werden im Aaretal zwischen Thun und Bern sowie im Seeland realisiert.

### Grundsatzdebatte in der Berner Matte

Auch im Stadtberner Mattequartier ist der Hochwasserschutz nach den Überschwemmungen 2005 ein heftig diskutiertes Politikum. Die Stadtregierung hat im Februar beschlossen, die Errichtung eines 93 Millionen Franken teuren Quais dem Bau eines unterirdischen Stollens für 128 Millionen Franken vorzuziehen. Im Frühling kam im Stadtparlament plötzlich eine viel günstigere Variante ins Spiel, die auf eine «Gedanken-Skizze» des früheren Denkmalpflegers Bernhard Furrer zurückgeht. Zielstrebig schreitet Furrer durch das Mattequartier und bleibt immer wieder stehen, um auf die zahlreichen bereits umgesetzten Schutzmassnahmen hinzuweisen. Eine Holzwand verhindert, dass bei einem Hochwasser der verheerende Schlamm ins Quartier gespült wird. Und neu kann ein Teil der Schwelle in der Aare weggehoben und der Rest von Baumstämmen befreit werden, damit der Durchfluss gewährleistet bleibt. Zudem haben viele Anwohner ihre Häuser bereits mit mobilen und vorbereiteten Abschottungen vor Überschwemmungen gesichert.

Furrer ist überzeugt davon, dass mit weiteren Massnahmen an den einzelnen Gebäuden die Matte zwar nicht vollständig vor Hochwasser geschützt, aber doch grosse Schäden wie 2005 verhindert werden könnten. Kostenpunkt: bloss 6 Millionen statt der geplanten 93 Millionen Franken. «Wir sollten das Flussquartier Matte nicht gegen die Aare abschotten, sondern lernen, mit dem Wasser und notfalls mit beherrschbaren Überschwemmungen zu leben», erklärt er und verweist auf den frühzeitigen SMS-Hochwasseralarm der Behörden, der eine Vorbereitung jedes Anwohners auf den Ernstfall ermögliche. «Ich stelle darum die Frage, ob es verhältnismässig ist, zum Schutz von 100 Häusern fast 100 Millionen Franken Steuergelder auszugeben.»

Kaum ein Politiker geht das Risiko ein, die populären Investitionen in den Hochwasserschutz in Frage zu stellen. In Bern erachten viele Furrers Idee als Provokation. Aufgrund einer Motion der Grünen Freien Liste, der Grünliberalen und der FDP ist die Stadtregierung aber verpflichtet, auch Furrers dritte Variante bis im Winter zur Beschlussreife auszuarbeiten. Dann wird die Bundesstadt vor eine radikale Grundsatzfrage gestellt: Muss sich die Allgemeinheit den Schutz von Risikozonen um jeden Preis leisten, oder ist es dem Einzelnen zuzumuten, sich teilweise mit den Gefahren seines Lebensraums zu arrangieren?

## Welche Erfolgchancen haben Volksinitiativen?

Laut Statistik eher geringe: Seit der Einführung im Jahr 1891 kamen 273 Volksinitiativen zustande und 169 zur Abstimmung, von denen nur 16 angenommen wurden. Dazu gehörten wichtige Initiativen wie der Beitritt zur Uno und auch weniger spektakuläre wie die Erhaltung der Kursäle anno 1928.